

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

**Den Volkswillen der Iren achten**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen,
  - a) dass die Regeln des Vertrags von Lissabon nach der Volksabstimmung in Irland eingehalten werden und die weitere Ratifizierung des Vertrages ausgesetzt wird,
  - b) dass eine weitere massive Beeinflussung der irischen Regierung durch die bundesdeutsche Regierung unterbleibt.
2. mit Hilfe des Europabüros des Landes M-V in Brüssel in ähnlicher Weise bei den Institutionen der EU für die unter Ziffer 1 genannte Zielsetzung einzutreten.

**Udo Pastörs und Fraktion**

**Begründung:**

Nach den Regeln des Vertrags von Lissabon gilt der Vertrag als gescheitert, wenn ein Staat die Zustimmung verweigert. Dieser Fall ist nun durch die einzige Volksabstimmung in der EU in Irland Wirklichkeit geworden. Die Landesregierung hat deshalb in ihrer europapolitischen Verantwortung ihren politischen Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass die demokratischen Spielregeln in Europa eingehalten werden.

Die massive Beeinflussung von Entscheidungsprozessen anderer Länder durch die Bundesregierung schädigt das Ansehen Deutschlands und wirkt sich damit auch auf die Belange des Landes Mecklenburg-Vorpommern negativ aus. Die Landesregierung hat deshalb auch hier ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass solch eine aggressive Außenpolitik zukünftig unterbleibt.